

Bürokraten gegen Kinder: Der Fachzahnarztvorbehalt für KFO muss weg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das sogenannte GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz soll 13,7 Milliarden Euro einsparen. Die jährliche Finanzierungslücke, die dadurch entsteht, dass der Bund die Kosten der Krankenbehandlung von Bürgergeldempfängern nur zu einem Bruchteil übernimmt, beträgt etwa 12 Milliarden Euro. Geplante Abhilfe: Fehlanzeige! Auch künftig wird der Bund die gesetzliche Krankenversicherung, also Patienten und Ärzte, auf diesen Kosten sitzen lassen.

Dafür denken sich Bürokraten politische Dummheiten zulasten der Schwächsten der Gesellschaft, der Kinder, aus: Künftig sollen nurmehr Fachzahnärzte kieferorthopädische GKV-Leistungen erbringen. Damit will man dann 0,06 Milliarden Euro (60 Millionen) einsparen. Vergleichen Sie mal die Größenordnungen (13 Milliarden gegen 60 Millionen), dann erkennen Sie das Ausmaß dieses Unfugs.

Für Zahnärzte, die sich auf unterschiedlichste Weise kieferorthopädisch fortgebildet und spezialisiert haben – darunter viele Angestellte in kieferorthopädischen Praxen – käme ein solcher Fachzahnarztvorbehalt einem Berufsverbot gleich.

Und wo endet dieser Irrsinn? Wird uns demnächst verboten, ohne Spezialausbildung einen Zahn zu extrahieren, eine endodontische Behandlung durchzuführen? Kein Wunder, wenn den jungen Kolleginnen und Kollegen die Lust auf Niederlassung vergeht. Unsere Antwort kann nur eine sein: Zwischen uns passt kein Blatt. Unsere Approbation ist unteilbar. Wer einen von uns beschneidet, greift das gesamte Berufsbild an. Deshalb dürfen wir uns nicht damit begnügen, im parlamentarischen Verfahren noch diese oder jene Ausnahmeregelung zu erbitten. Der Fachzahnarztvorbehalt muss weg. Komplett!

Leidtragende des Kahlschlags sind fast eine Million Kinder und Jugendliche, deren Behandler wegfallen würden – auch bei uns in Bayern! Nach KZBV-Informationen wären acht bayerische Landkreise unterversorgt und weitere acht von Unterversorgung bedroht.

Kinder auf endlosen Wartelisten. Eltern auf Odyssee quer durch Bayern nur für einen Kontrolltermin. Soziale Ungleichheit, die man am Gebiss abliest. Die Folgekosten für Karies und Spätfolgen werden weggeschoben. Diese Reform ist Pfusch. Als Heilberufler dürfen wir hier nicht wegschauen.

Die BLZK hat gezielt bayerische Bundestagsabgeordnete angeschrieben und eindringlich vor den Folgen dieser Maßnahme gewarnt. Wir werden im parlamentarischen Verfahren klarmachen, dass man mit Berufsverboten keine Gesundheitspolitik macht!

Ihr



Dr. Dr. Frank Wohl
Präsident der BLZK



Inhalt

Flächendeckende Versorgung gefährdet	4
„Wir wollen die Versorgung nicht kaputt machen“	5
Fehler mit Ansage	6
Das Thema ist so gut wie vom Tisch	6
Krisenfeste Strukturen	7
Gemeinsam die Versorgung sichern	7
Standespolitik gemeinsam gestalten	8
Standespolitischer Nachwuchs aus dem Bundesgebiet bei der BLZK	8
Oberpfälzer Zahnärztetag:	
Probier mal digital!	9
Zahnärztliche Assistenz	
in der Prothetik	10
Fit für die Praxis	12
Alle Aufgaben sicher im Blick	13
Neuer Patientenfilm zu Halitosis	14
Abrechnung transparent	15
eazf	16
Scottis Praxistipp	18
Arbeitszeiterfassung ist Pflicht/ Impressum	19